

EURO-LETTER

Der Euro-Letter wird von der **ILGA-Europa** – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber: Juris Lavrikovs * **Kontakt:** euroletter@ilga-europe.org

Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Bisherige Ausgaben: Alle vorangegangenen Euro-Letter in englischer Sprache, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lglf.de>, Miguel Freitas für die portugiesischen und Pantelis Ravidas für die griechischen Übersetzungen.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

ILGA-EUROPA

- **BELEGCHAFTSNACHRICHTEN: NEUE VERWALTUNGS- UND FINANZMITARBEITERINNEN**
- **ENTWICKLUNG DES STRATEGIEPLANS 2008-2011**
- **AKTIONSAUFRUF: LASST UNS HOMOSEXUELLENFEINDLICHE SCHIKANE IN EUROPA AUSMERZEN**
- **EUROPÄISCHE GRUNDRECHTEAGENTUR ERÖFFNET – BEDENKEN BLEIBEN**
- **ILGA-EUROPA ANTWORTET AUF KONSULTATION ZU GESUNDHEITSDIENSTEN**
- **NOCH PLÄTZE IN ILGA-EUROPA-AUSBILDUNGEN FREI – FRISTENDE VERLÄNGERT**
- **ILGA-EUROPA SUCHT EHRENAMTLICHE ÜBERSETZER/INNEN FÜR EU-SPRACHEN**

EUROPA

- **TREFFEN VON GEMEINSAMEN ARBEITSGRUPPEN ZU ARTIKEL 13 DES EU-PARLAMENTS**
- **EUROPARAT VERANSTALTET WOCHE ZUR ANTIHOMOPHOBIE**
- **AKTUELLE ÜBERPRÜFUNG DES ANTIDISKRIMINIERUNGSRECHTS VERÖFFENTLICHT**
- **MAPPINGSTUDIE ZU NATIONALEN GESETZGEBUNGEN AUßERHALB VON BESCHÄFTIGUNG VERFÜGBAR**
- **ENAR POLITIKANTWORT ZUR RAHMENENTSCHEIDUNG ZU RASSISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT**
- **AGE-VERÖFFENTLICHUNGEN ZU MEHRFACHDISKRIMINIERUNG UND EUROPÄISCHEM JAHR DER CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE**
- **EUROPÄISCHES BEHINDERTENFORUM LEGT PETITION FÜR BEHINDERTENRICHTLINIE VOR**

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

- **IRLAND VERZÖGERT GESETZENTWURF ZUR GLEICHGESCHLECHTLICHEN PARTNERSCHAFT**
- **ITALIEN KÖNNTE UNVERHEIRATETE PAARE ANERKENNEN**
- **FRANZÖSISCHES GERICHT BLOCKIERT LESBISCHE ADOPTION**
- **SCHWEDEN: LESBISCHES PAAR GEWINNT ADOPTIONSPROZESS**

BESCHÄFTIGUNG, WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN

- **ABSCHAFFUNG ANTISCHWULER SCHIKANE AM ARBEITSPLATZ – NEUER STONEWALL-LEITFADEN FÜR ARBEITGEBER/INNEN**

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

- **VERFASSUNGSGERICHTSHOF MOLDAWIEN: "DIE ABLEHNUNG DER SOLIDARITÄTSPARADE VON LGBT-PERSONEN DURCH DIE STADTVERWALTUNG VON CHISINAU VERSTÖßT GEGEN DAS GESETZ"**
- **RUSSISCHE REGIERUNG UNTERSTÜTZT VERSAMMLUNGSFREIHEIT FÜR SEXUELLE MINDERHEITEN**

TRANSGENDER

- **MALTA: GERICHT ENTSCHEIDET: TRANSSEXUELLER DARF HEIRATEN**

SCHWARZES BRETT

- **ERA KÜNDIGT RECHTSAUSBILDUNGSSEMINARE AN**

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation * Angabe von Links ohne Hinweis in eckigen Klammern beziehen sich auf Webseiten in englischer Sprache.

ILGA-EUROPA

BELEGSCHAFTSNACHRICHTEN: NEUE VERWALTUNGS- UND FINANZMITARBEITERINNEN

Von ILGA-Europa

Olimpia Ciripoiu-Vonica – Finanz- und Verwaltungsleiterin der ILGA-Europa

Ursprünglich aus Rumänien, stieß Olimpia im Dezember 2006 zum Team der ILGA-Europa. Vorher arbeitete sie als Forscherin für die Beratungsabteilung von PricewaterhouseCoopers Rumänien und als Verwaltungs- und Finanzassistentin für das Peace Corps Rumänien. Sie absolvierte ein Master-Studium in Wirtschaft an der Zentraleuropäischen Universität (Ungarn) und hat einen Bachelor in Unternehmensverwaltung der Akademie für Wirtschaftsstudien, Rumänien. Ihre Fachkenntnisse umfassen insbesondere Wirtschaft und Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

Françoise Berlet – Finanz- und Verwaltungsmitarbeiterin der ILGA-Europa

Françoise ist unsere neueste Mitarbeiterin. Ursprünglich aus Frankreich stieß Françoise aus Belfast zu uns, wo sie als SOLID Projektverwalterin (Strategien für Prozesse zur Abschaffung von Diskriminierung in EU-Staaten) beim Nordirlandrat für ethnische Minderheiten beschäftigt war. Sie arbeitete außerdem als teilzeitbeschäftigte Tutorin an der Königlichen Universität von Belfast. Ihre Qualifikation umfasst einen Dr. phil. in Englisch sowie einen Master-Hochschulabschluss in Übersetzung. Françoise hat ihre Arbeit bei der ILGA-Europa am 01. Februar 2007 aufgenommen.

ENTWICKLUNG DES STRATEGIEPLANS 2008-2011

Von Patricia Prendiville

Wie in Sofia versprochen, sind wir jetzt bereit, Rücksprache bei den Mitgliedern der ILGA-Europa zum nächsten Strategieplan zu nehmen.

Während der ersten Märzwoche erhalten alle Mitgliedsorganisationen, assoziierten Mitglieder und Einzelmitglieder einen kleinen Fragenkatalog.

Mit dem ersten Fragenkomplex sollen der gegenwärtige Plan und seine Ziele überprüft werden.

Der zweite Fragenkomplex konzentriert sich auf zukünftige Ziele und darauf, was Ihre Organisation als zukünftigen Weg der ILGA-Europa ansieht.

Wir werden einen genauen Zeitrahmen für die Beantwortung der Fragen und die Mitteilung einer Ergebnisübersicht angeben. Wir gehen davon aus, einen Entwurf des Strategieplans zu versenden und zur Stellungnahme vor der Konferenz aufzufordern. Das hängt von Ihren Antworten im März und April ab.

Der Entwurf soll in Vilnius diskutiert und von der Konferenz 2007 verabschiedet werden, damit wir 2008 im Zeitplan sind.

Wir freuen uns auf Ihre Mitwirkung.
Patricia und Mitarbeiter/innen

AKTIONSAUFRUF: LASST UNS HOMOSEXUELLENFEINDLICHE SCHIKANE IN EUROPA AUSMERZEN

Von ILGA-Europa

Die ILGA-Europa fordert ihre Mitglieder und Unterstützer/innen in Europa auf, Abgeordnete des Europäischen Parlaments zu bitten, eine schriftliche Erklärung zur Bekämpfung homosexuellenfeindlicher Schikane zu unterzeichnen. In dieser Erklärung, die homosexuellenfeindliche Schikane scharf verurteilt, werden spezifische Maßnahmen auch auf nationaler Ebene gefordert. Sie wären ein wichtiger Schritt nach vorn, um die Europäische Union im Bereich der Ausbildungsdiskriminierung zu engagieren. Sie kann Möglichkeiten für uns alle in diesem Bereich öffnen.

Die in enger Zusammenarbeit mit IGLYO¹⁾ und der ILGA-Europa verfasste Erklärung wurde am 14. Februar 2007 von Europaparlamentsabgeordneten John Bowis und der gemeinsamen Arbeitsgruppe des Parlaments zu LGBT-Rechten in Strassburg während eines Treffens der gemeinsamen Arbeitsgruppe und der Koordinationsgruppe der Gewerkschaften vorgestellt. ILGA-Europa und IGLYO brachten sich aktiv in dieses Treffen ein. Die Erklärung ist in allen EU-Sprachen auf der IGLYO-Website verfügbar unter:

<http://www.iglyo.com/content/activities/EPdeclaration.html>

Wie können Sie helfen

Das Europäische Parlament verabschiedet die Erklärung nur, wenn sie von 393 Abgeordneten des Parlaments bis zum 30. April 2007 unterzeichnet worden ist. Um Abgeordnete zur Unterzeichnung der Erklärung zu veranlassen, bitten wir Mitglieder und Unterstützer/innen, Abgeordnete zu ermutigen, die Erklärung zu unterzeichnen. Ein Musterbrief und ein "Dossier zu homosexuellenfeindlichen Schikanen" finden Sie auf unserer Website unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/news/call_for_action_let_s_stump_out_homophobic_bullying_in_europe

Wenn Sie irgendwelche Fragen haben, nehmen Sie bitte unverzüglich Kontakt zu Evelyne Paradis, Politikmitarbeiterin der ILGA-Europa, auf unter:

evelyne@ilga-europe.org

¹⁾ IGLYO [International Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Youth Organisation = Internationale Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Jugendorganisation]

EUROPÄISCHE GRUNDRECHTEAGENTUR ERÖFFNET – BEDENKEN BLEIBEN

ILGA-Europa-Medienmitteilung, 23. Februar 2007

Am 01. März 2007 nimmt die neue Grundrechteagentur ihre Arbeit auf. Die Europäische Grundrechteagentur setzt sich dafür ein, dass die Europäische Menschenrechtskonvention und die Europäische Grundrechtecharta ordnungsgemäß durch die von der EU verabschiedeten Gesetze umgesetzt werden. Die Verordnung zur Einrichtung der Agentur, deren Aufgabe die Bereitstellung von Informationen und Daten im Rahmen der Grundrechte sein wird, wurde gestern veröffentlicht.

Während der vergangenen drei Jahre hat die ILGA-Europa die Debatten über die Agentur genau verfolgt und daran teilgenommen. Sie hat ihre Enttäuschung über den Mangel an Einbezug der Zivilgesellschaft in den Prozess und den Mangel an Unabhängigkeit der Agentur von den EU-Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht.

Die ILGA-Europa findet es wichtig, dass die Personen, die von den Staaten mit der Leitung der Agentur beauftragt werden, wirklich unabhängig sind und eine eindrucksvolle Vorgeschichte und Kenntnis hinsichtlich der Menschenrechte haben. Der/die Direktor/in muss ein/e engagierte/r, wohlbekannte/r und unumstrittene/r Menschenrechtsverfechter/in sein.

Es ist außerdem erforderlich, NGOs durch die Grundrechteplattform, regelmäßige Konsultationen und Zusammenarbeit in die Tätigkeit der Agentur einzubeziehen.

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte: "Wir begrüßen die Arbeitsaufnahme dieser wichtigen neuen EU-Institution, die die Umsetzung der europäischen Menschenrechtsprinzipien in der Anwendung der europäischen Gesetzgebung überwachen wird. Wir hoffen, dass die Agentur bei der Erfüllung ihres Auftrags eine integrierte Vorgehensweise an den Tag legt, wenn sie mit Menschenrechtsfällen, Gleichstellung und Antidiskriminierung befasst ist. In vielen Fällen beinhalten Menschenrechtsverletzungen auch diskriminierende Elemente. Das ist insbesondere der Fall beim Verbot von Pride-Paraden von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen (LGBT), was in den letzten Jahren in den EU-Mitgliedstaaten vorgekommen ist.

Die Ratsverordnung, die die Grundrechteagentur einrichtet, ist auf der Website des Amtsblatts der Europäischen Union [Official Journal of the European Union] verfügbar unter:
<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:L:2007:053:SOM:EN:HTML>

Weitere Informationen über die Aktivitäten der ILGA-Europa hinsichtlich der Grundrechteagentur finden Sie unter:

http://www.ilga-europe.org/europe/advocacy_lobbying/human_rights_mechanisms/fundamental_rights_agency

ILGA-EUROPA ANTWORTET AUF KONSULTATION ZU GESUNDHEITSDIENSTEN

Von Evelyne Paradis

Im Januar 2007 antwortete die ILGA-Europa auf eine Konsultation der Europäischen Kommission zu EU-Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsdienste. Die Konsultation soll Rechtssicherheit und Unterstützung für Mitgliedstaaten in Bereichen sicherstellen, in denen EU-Maßnahmen zusätzliche Wertschöpfung einbringen können.

In ihrer Antwort betonte die ILGA-Europa folgende Sachverhalte:

- o Rechte von Nutzern/innen und Klienten/innen (einschließlich des Rechts auf Information, auf den Zugang zu Dienstleistungen, auf Sicherheit, auf Privatsphäre und Vertraulichkeit, auf Nichtdiskriminierung beim Zugang zu Dienstleistungen und Behandlungen)
- o Forderung allgemeiner Standards bei den Rechten der Patienten/innen
- o Zugang zu grenzüberschreitender Versorgung und Behandlung für medizinische Maßnahmen, die nicht in einem bestimmten Mitgliedstaat angeboten werden (zum Beispiel künstliche Befruchtung und Operationen für Transgender-Personen)

Das Dokument ist im Internet eingestellt unter: www.ilga-europe.org/media_library/ilga_europe_main/lgbt_issues/ilga_europe_s_written_contribution_to_eu_consultation_on_health_services_january_2007

NOCH PLÄTZE IN ILGA-EUROPA-AUSBILDUNGEN FREI – FRISTENDE VERLÄNGERT

Von ILGA-Europa

Das Fristende für die Bewerbung zur Teilnahme an dem Seminar zur Kompetenzbildung vom 18. bis 20. April 2007 in Rumänien ist auf den 01. März 2007 verlängert.

Es werden zwei im gleichen Zeitraum organisierte Seminare zum Videogebrauch bei der Beobachtung von Pride-Paraden und zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen angeboten. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website:

www.ilga-europe.org/europe/news/places_still_available_at_ilga_europe_trainings_deadline_extended

ILGA-EUROPA SUCHT EHRENAMTLICHE ÜBERSETZER/INNEN FÜR EU-SPRACHEN

Von ILGA-Europa

Wir suchen zur Zeit ehrenamtliche Übersetzer/innen für alle EU-Sprachen (außer Englisch, Spanisch, Französisch und Deutsch).

Wie Sie hoffentlich wissen, ist 2007 das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle. Das Jahr hat zum Ziel, Menschen in der EU ihre Rechte, nicht diskriminiert zu werden, bewusster zu machen und Chancengleichheit in verschiedenen Bereichen von der Gesundheitsversorgung bis zum Arbeitsplatz zu fördern. Das Jahr konzentriert sich auf sechs verschiedene Beweggründe für Diskriminierung, einschließlich der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung.

Aktivitäten auf nationaler und europäischer Ebene werden im Rahmen der vier Hauptziele des Jahres organisiert:

Rechte, Repräsentation, Anerkennung und Respekt.

Die ILGA-Europa hat ausgeführt, was diese vier Themen für LGBT-Personen bedeuten können.

In der Schrift "Was bedeuten die 4 "Rs"¹⁾ für uns" werden die vier Themenbereiche in Prioritäten und praktische Ziele für das Europäische Jahr übersetzt.

Es ist das Ziel, eine klare Botschaft darüber zu haben, was Rechte, Repräsentation, Respekt und Anerkennung für LGBT-Personen bedeuten – eine Botschaft, die wir Politikern/innen, Arbeitgebern/innen, Gewerkschaften, Gleichstellungsgremien und anderen mit Gleichstellung befassten NGOs in verschiedenen Ländern mitteilen können.

www.ilga-europe.org/europe/get_involved_support_us/volunteer/we_look_for_volunteer_translators_into_eu_languages

Ihre Hilfe würde von uns und der Europäischen Kommission sehr geschätzt, die Ihre Übersetzung ebenfalls auf ihrer Website verwenden würde. Die Mitarbeiter/innen der Kommission sind der Meinung, dass die "4 Rs" Schrift nicht nur ihnen sehr nützlich sein, sondern damit auch das Bewusstsein über Prioritäten für LGBT-Fragen in den Mitgliedstaaten gesteigert werden kann.

Bitte entnehmen Sie die englische Fassung der Schrift unserer Website unter:

www.ilga-europe.org/europe/campaigns_projects/2007_european_year_of_equal_opportunities/ilga_europe_s_priorities_for_the_european_year_of_equal_opportunities/what_do_the_4_rs_rights_representation_respect_and_recognition_mean_for_us

Wenn Sie uns helfen möchten oder Fragen haben, wenden Sie sich bitte an:

juris@ilga-europe.org

¹⁾ [Die vier Rs stehen für rights, representation, recognition und respect]

EUROPA

TREFFEN VON GEMEINSAMEN ARBEITSGRUPPEN ZU ARTIKEL 13 DES EU-PARLAMENTS

Von Evelyne Paradis

Im Rahmen des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit für alle haben die gemeinsamen Arbeitsgruppen des Europäischen Parlaments zu Alter, Antirassismus, Behinderung sowie Schwulen- und Lesbenrechten gemeinsam ein Treffen organisiert, das am 15. Februar 2007 in Strassburg stattfand.

Auf dem Treffen hatten Abgeordnete des Europäischen Parlaments Gelegenheit, Aktivitäten und Fortschritte des Europäischen Jahrs mit Vertretern/innen der Europäischen Kommission zu diskutieren. Viele Abgeordnete nutzten das gemeinsame Treffen auch, um zu Engagement, politische Willenskraft und Führung in den Mitgliedstaaten und der Kommission aufzurufen, um dem Schutz vor Diskriminierung in Europa einen höheren Stellenwert zu geben.

Die gemeinsamen Arbeitsgruppen schenkten auch der Mehrfachdiskriminierung Aufmerksamkeit und bekamen von zwei Einzelpersonen zu hören, wie zuweilen Menschen nicht nur aus einem Grund, sondern aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Europäischen Behindertenforums unter:

www.edf-feph.org

EUROPARAT VERANSTALTET WOCHE ZUR ANTIHOMOPHOBIE

Quelle: Europarat – Kampagne: 'Alle verschieden, Alle gleich' [All Different, All Equal]

Die erste Themenwoche der Europaratskampagne 'Alle verschieden, Alle gleich' ist für die erste Märzwoche in Polen angesagt, wo die Aktionswoche gegen Homophobie durchgeführt wird. In dieser Woche finden eine Reihe von Veranstaltungen statt, die von polnischen und europäischen LGBT-Organisationen organisiert werden, um der Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die Homophobie in Europa Nachdruck zu verleihen. Die geplanten Veranstaltungen umfassen ein Weltdorf auf dem Platz der Verfassung in Warschau (mit Ständen von Antidiskriminierungs-NGOs, einer lebenden Bibliothek, Lifemusik, Schwulen- und Menschenrechtskino); eine Parade für Geschlechtergleichstellung; eine Photoausstellung über schwulen Alltag in Polen; Pressekonferenzen.

Teilnehmer/innen werden ermutigt, die europaweite Initiative zu nutzen, um während der Woche Aufmerksamkeit in anderen Ländern zu wecken. Wer eine Veranstaltung außerhalb Polens während der Aktionswoche gegen Homophobie organisieren oder eine Pressemappe der Veranstaltung erhalten möchte, nehme bitte Kontakt mit dem Kampagnensekretariat auf: Joshua.Stanton@coe.int

Weitere Informationen über die Kampagne 'Alle verschieden, Alle gleich' finden Sie auch auf der Website: <http://alldifferent-allegal.info>

AKTUELLE ÜBERPRÜFUNG DES ANTIDISKRIMINIERUNGSRECHTS VERÖFFENTLICHT

Quelle: Europäische Kommission

Das Europäische Netzwerk von Rechtsexperten/innen im Bereich Nichtdiskriminierung hat die vierte Ausgabe in seiner Reihe über Gesetzesüberprüfungen veröffentlicht. Die Überprüfung bringt eine Übersicht über das Fallrecht des Europäischen Gerichtshofs und des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs sowie Entwicklungen europäischer Politik und nationalen Rechts.

Die Ausgabe umfasst Aufsätze zur Rassendiskriminierung vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof und der Verschiebung der Beweislast. Der Abgeordnete des Europaparlaments Claude Moraes stellt seine Ansichten über Herausforderungen für das Antidiskriminierungsrecht und das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle 2007 vor.

Die Gesetzesüberprüfung ist jetzt online auf Englisch, Französisch und Deutsch verfügbar. Druckversionen können angefordert werden unter: review@non-discrimination.net

Downloads: http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/public/pubst_en.htm#leg

MAPPINGSTUDIE ZU NATIONALEN GESETZGEBUNGEN AUßERHALB VON BESCHÄFTIGUNG VERFÜGBAR

Quelle: Europäische Kommission

Die Mappingstudie¹⁾ von der 'Migration Policy Group' und 'human European Consultancy' über bestehende nationale Gesetzesmaßnahmen und ihre Auswirkung auf die Bekämpfung von Diskriminierung – außerhalb des Bereichs der Beschäftigung und des Berufs – aufgrund von Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Lebensalter und sexueller Orientierung ist jetzt auf der Website der Europäischen Kommission verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/public/pubst_en.htm#stud

Es handelt sich um eine ausführliche und unabhängige Bestandsaufnahme bestehender Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der oben aufgeführten Merkmale. Sie enthält außerdem unabhängige und maßgebliche Informationen zur Anwendung und Auswirkung bestehender Gesetzgebung zur Antidiskriminierung in zwei Hauptbereichen.

¹⁾ Mapping [Prozess des Auffindens und Anwendens von Strukturen, die ein Konzept mit anderen konzeptuellen Strukturen und schließlich mit sprachlichen Strukturen verbindet ((Bestandsaufnahme))]

ENAR POLITIKANTWORT ZUR RAHMENENTSCHEIDUNG ZU RASSISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Quelle: ENAR-Website: www.enar-eur.org

ENAR [European Network against Racism = Europäisches Netzwerk gegen Rassismus] hat seine Stellungnahme zu den gegenwärtigen Verhandlungen über die Vorlage einer Rahmenrichtlinie zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgelegt. ENAR drängt alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Kampf gegen Rassismus durch die Verabschiedung der vorgeschlagenen Rahmenrichtlinie zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen der Deutschen Präsidentschaft voran zu bringen. Anlässlich der Generaldiskussion des Rats für Justiz und innere Angelegenheiten über die Vorlage für eine Rahmenrichtlinie zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (15. Februar) gab ENAR eine Pressemitteilung heraus, um seine Kampagne zu starten, damit diese Rahmenrichtlinie so bald wie möglich verabschiedet wird, und damit die Entscheidungsträger/innen in allen EU-Mitgliedstaaten gedrängt werden, ihre Verpflichtungen im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit Leben zu erfüllen. Weitere Informationen sind auf der Website der ENAR verfügbar unter:

www.enar-eu.org/en/wmail/index.shtml

AGE-VERÖFFENTLICHUNGEN ZU MEHRFACHDISKRIMINIERUNG UND EUROPÄISCHEM JAHR DER CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE

Quelle: AGE [Europäische Plattform älterer Menschen]

Um ein Signal für das Jahr der Chancengleichheit für alle zu geben hat AGE eine Broschüre und ein Faltblatt "Hin zu einer europäischen Gesellschaft aller Altersgruppen" veröffentlicht. Im Mittelpunkt stehen Bedeutung und Bekämpfung von Altersdiskriminierung auf nationaler und EU-Ebene. Damit sollen der Wert und die Umsetzung solcher Maßnahmen in unseren Gesellschaften allgemein verdeutlicht werden. AGE verfasst außerdem ein Flugblatt zur Bekämpfung von Mehrfachdiskriminierung in der EU. Die Broschüren und Flugblätter sind in englischer, französischer und deutscher Sprache auf der Website von AGE verfügbar unter:

<http://www.age-platform.org>

EUROPÄISCHES BEHINDERTENFORUM LEGT PETITION FÜR BEHINDERTENRICHTLINIE VOR

Quelle: Europäisches Behindertenforum

Anlässlich seines 10. Jahrestags und weil die Festlichkeiten während des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit für alle 2007 stattfinden werden, hat das Europäische Behindertenforum (EDF) eine europaweite 1 Million Unterschriftenkampagne "[1million4disability](http://www.1million4disability.org)" [eine Million Unterschriften für Behinderung] für eine EU-Gesetzgebung gestartet, um Diskriminierung gegenüber Personen mit Behinderungen zu bekämpfen. Das Ziel: seine Sichtbarkeit zu steigern und Aufmerksamkeit darauf zu lenken, welche Einflüsse die Europäische Union auf Menschen mit Behinderungen hat.

Mit der Unterschriftenkampagne, die offiziell am 23. Januar 2007 gestartet wurde, sollen mindestens 1.000.000 Unterschriften von Bürgern/innen gesammelt werden, um Diskriminierung von behinderten Bürgern/innen in allen Bereichen des Alltagslebens zu bekämpfen.

Die Europäische Union muss auf die Forderung von mindestens einer Million Bürger/innen reagieren. Das ist im Entwurf der EU-Verfassung so festgelegt. Wir dürfen diese Gelegenheit nicht versäumen, unsere Stimme zu erheben.

Am 04. Oktober 2007 sollen die Unterschriften offiziell der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament überreicht werden. Zur gleichen Zeit wird ein Treffen behinderter Personen, ihrer Familien, Freunde/innen und Verbündeten in Brüssel stattfinden, im Herz der europäischen Institutionen.

Bitte unterzeichnen Sie die Petition unter:
<http://www.1million4disability.eu/sign.asp?langue=EN>

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

IRLAND VERZÖGERT GESETZENTWURF ZUR GLEICHGESCHLECHTLICHEN PARTNERSCHAFT

Quelle: *Pink News*, 22. Februar 2007

Ein Gesetzentwurf zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in der Republik Irland wurde im Landesparlament am 21. Februar 2007 abgelehnt. Die irische Regierung erklärte, dass der von der Labour Partei eingebrachte Gesetzentwurf nicht verfassungsgemäß wäre. Allerdings würde sie zu einem späteren Zeitpunkt dieses Jahres ihren eigenen Gesetzentwurf einbringen.

Weitere Informationen: www.pinknews.co.uk/news/articles/2005-3777.html

ITALIEN KÖNNTE UNVERHEIRATETE PAARE ANERKENNEN

Quelle: *BBC*, 09. Februar 2007

Die italienische Regierung hat einen Gesetzentwurf gebilligt, um unverheirateten Paaren, einschließlich gleichgeschlechtlichen Partner/innen, gesetzliche Rechte zu gewähren. Der hoch umstrittene Beschluss folgte monatelangen aufgeheizten Debatten in der großen Regierungskoalition und heftigem Widerstand durch den Vatikan. Wenn das Parlament den Gesetzentwurf verabschiedet, kommen unverheiratete Paare in den Genuss umfangreicherer Leistungen der Gesundheitsversorgung und sozialen Sicherheit. Allerdings kommen Partner/innen nur in den Genuss von Erbsansprüchen, wenn sie mindesten neun Jahre zusammen gelebt haben.

Weitere Informationen: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/6345729.stm>

FRANZÖSISCHES GERICHT BLOCKIERT LESBISCHE ADOPTION

Quelle: *Pink News*, 21. Februar 2007

Ein Versuch einer französischen Mutter, ihrer lesbischen Partnerin die Adoption ihres Kindes zu erlauben, ist gescheitert. Das Berufungsgericht in Paris entschied, dass sie ihrer Partnerin die Adoption ihres Kindes nur erlauben könnte, wenn sie ihre eigenen Elternrechte abtreten würde. Wenn dem lesbischen Paar die Ehe erlaubt wäre, könnte es die Elternrechte gemeinsam ausüben.

Weitere Informationen: www.pinknews.co.uk/news/articles/2005-3771.html

SCHWEDEN: LESBISCHES PAAR GEWINNT ADOPTIONSPROZESS

Quelle: *The Local*, 14. Februar 2007

Im Dezember letzten Jahres wurde zwei lesbischen Paaren das Recht zur Adoption ihrer Kinder vom Bezirksgericht in Norrköping in Ostschweden verweigert. Allerdings hat jetzt das Berufungsgericht das ursprüngliche Urteil aufgehoben.

Weitere Informationen: www.thelocal.se/6400/

BESCHÄFTIGUNG, WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN

ABSCHAFFUNG ANTISCHWULER SCHIKANE AM ARBEITSPLATZ – NEUER STONEWALL-LEITFADEN FÜR ARBEITGEBER/INNEN

Quelle: Stonewall Medienmitteilung, 08. Februar 2007

Stonewall hat einen neuen Leitfaden herausgegeben, in dem Schikane und Belästigungen schwuler und lesbischer Arbeitnehmer/innen im Mittelpunkt stehen. Schikane: Verhindern von Schikanen und Belästigung schwuler/lesbischer Mitarbeiter/innen, die dritte Ausgabe in der Stonewall-Reihe Leitfäden für den Arbeitsplatz, bietet klare und praktische Ratschläge an, wie antischwule/lesbische Schikane am Arbeitsplatz bekämpft werden können.

In dem Leitfaden werden die Schwierigkeiten erklärt, denen schwule/lesbische Mitarbeiter/innen ausgesetzt sind, wenn sie über Schikane berichten, und zeigt Wege auf, wie Arbeitgeber/innen mit dem Problem antischwuler/lesbischer Schikane und Belästigung am Arbeitsplatz umgehen können. Ausgeführt werden auch praktische Beispiele bewährter Praktiken, die kürzlich eine Reihe von Partnerorganisationen von Stonewall entwickelte.

Exemplare des Leitfadens können von Stonewall angefordert oder von der Stonewall Website herunter geladen werden unter:

www.stonewall.org.uk

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

VERFASSUNGSGERICHTSHOF MOLDAWIEN: "DIE ABLEHNUNG DER SOLIDARITÄTSPARADE VON LGBT-PERSONEN DURCH DIE STADTVERWALTUNG VON CHISINAU VERSTÖßT GEGEN DAS GESETZ"

Quelle: Medienmitteilung von GenderDoc-M, 13. Februar 2007

Der Verfassungsgerichtshof der Republik Moldawien hat seine Entscheidung im Rahmen der am 20.12.2006 abgehaltenen Anhörung mitgeteilt und stellt fest, dass die Ablehnung der Genehmigung der schwul/lesbischen Solidaritätsparade durch die Stadtverwaltung von Chisinau gegen das Gesetz verstoßen hätte. Der Antrag auf Genehmigung wurde im März 2006 von dem Zentrum "GenderDoc-M" zum Zwecke der Förderung von LGBT-Rechten und Antidiskriminierungsgesetzgebung für Minderheiten gestellt.

In der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs heißt es: "Aus den Unterlagen zum Fall ist klar ersichtlich, dass das Informationszentrum "GenderDoc-M" mit Geschlechterfragen und dem Schutz der Rechte sexueller Minderheiten befasst und somit eine Organisation mit Zielen ist, die nicht gegen nationales Recht und internationale Menschenrechte verstoßen. Der Verfassungsgerichtshof betrachtet die Weigerung des Rathauses von Chisinau mit der Begründung einer möglichen Bedrohung der öffentlichen Ordnung, eine Solidaritätsparade von GenderDoc-M zu genehmigen, als ungerechtfertigt, weil diese Begründung dem von Artikel 11(2) der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Recht auf Versammlungsfreiheit untergeordnet sei."

Seit Mai 2005 hat GenderDoc-M drei Anträge auf Genehmigung öffentlicher Demonstrationen an das Rathaus von Chisinau gestellt, die alle mit der Begründung abgelehnt wurden, diese Demonstrationen könnten die öffentliche Ordnung und die Meinung von Religionsgruppen bedrohen. Letzteres wurde in zahlreichen Briefen an das Rathaus zum Ausdruck gebracht. GenderDoc-M focht diese Entscheidungen vor Gerichten an. Der erste Fall wurde in allen nationalen Gerichten verloren und nun vorbereitet, um vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht zu werden. Die Behörden von Chisinau wurden wegen ihrer diskriminierenden Entscheidungen vom Europarat, der EU und den Vereinten Nationen kritisiert, wie auch von einigen westeuropäischen Regierungen im Rahmen bilateraler Beziehungen.

"Wir begrüßen die Entscheidung des Verfassungsgerichts, die hoffentlich einen politischen Schlussstrich unter die offene Diskriminierung der LGBT-Community durch die Behörden von Chisinau zieht", erklärte der Vorsitzende von GenderDoc-M, Alexei Marcicov."

Das Informationszentrum GenderDoc-M plant öffentliche Demonstrationen im Rahmen des VI. LGBT-Pride "Regenbogen über der Dnister", der dieses Jahr vom 27. bis 29. April stattfindet. Im Programm ist eine öffentliche Feier zu Vielfalt und Gleichstellung im Zentrum der Hauptstadt geplant.

RUSSISCHE REGIERUNG UNTERSTÜTZT VERSAMMLUNGSFREIHEIT FÜR SEXUELLE MINDERHEITEN

ILGA-Europa-Medienmitteilung, 09. Februar 2007

In einer bemerkenswerten Erklärung zum Verbot des Pride in Moskau hat die russische Regierung das Recht sexueller Minderheiten auf Versammlungsfreiheit ausdrücklich unterstützt.

Die Erklärung wurde von der russischen Föderation als Vorsitzende der Ministerversammlung des Europarats abgegeben, einer Position, die Russland vom August 2006 bis Januar 2007 innehat. Angesichts des Verbots der Moskauer Gay Pride-Parade und der Anhängigkeit des Falls vor den Gerichten unterstrich sie:

- o Angehörige sexueller Minderheiten genießen das gleiche Recht auf Ausdrucks- und Versammlungsfreiheit wie jede andere Einzelperson.
- o Eine friedliche Demonstration zugunsten einer sexuellen Minderheit kann nicht nur nicht einfach verboten werden, sondern die Polizei hat die Pflicht solche Demonstrationen zu schützen.
- o Ein allgemeines Verbot einer friedlichen Demonstration kann nur gerechtfertigt werden, wenn eine reale Gefahr der Störung der öffentlichen Ordnung besteht, die nicht durch vernünftige und angemessene Maßnahmen verhindert werden kann.

Das Verbot des Moskauer Pride ist Gegenstand eines Prozesses gegen die russischen Behörden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Der vollständige Text der Erklärung ist verfügbar unter:

<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1088939&BackColorInternet=9999CC&BackColorIntranet=FFBB55&BackColorLogged=FFAC75>

TRANSGENDER

MALTA: GERICHT ENTSCHEIDET: TRANSSEXUELLER DARF HEIRATEN

Quelle: Claudia Calleja, The Times of Malta, 16. Februar

Ein Gericht hat den Leiter des Standesamts angewiesen, das Aufgebot für eine Transsexuelle, die als Mann geboren wurde, aber rechtlich nach einer Geschlechtsumwandlung zur Frau erklärt wurde, zu bestellen. Richter Justice Gino erließ die Anordnung nach der Feststellung, dass die Ehe zwischen dem Transsexuellen, jetzt eine Frau, und ihrem männlichen Partner gegen keine Bestimmung des Ehegesetzes verstoße. Von The Times befragte Rechtsanwälte/innen erklärten, dieses Urteil wäre das erste seiner Art und könnte zur ersten Eheschließung von Transsexuellen führen.

Weitere Information unter: www.timesofmalta.com/core/article.php?id=252271

SCHWARZES BRETT

ERA KÜNDIGT RECHTSAUSBILDUNGSSEMINARE AN

Quelle: Europäische Kommission

Seit 2003 bietet die Akademie für europäisches Recht in Trier, Deutschland, eine Ausbildung für den Inhalt und die Konzepte der Gleichstellungsrichtlinien an. Für 2007 sind drei neue Seminare angekündigt. Wie in den vergangenen Jahren ist die Teilnahme kostenlos und können Reise- und Unterbringungskosten unter bestimmten Bedingungen erstattet werden.

Das erste Seminar am 18. und 19. Juni 2007 richtet sich an private Rechtsanwälte/innen und innerbetriebliche Berater/innen, insbesondere wenn sie in Arbeitsagenturen, NGOs und Gewerkschaften beschäftigt sind. Es wird in englischer und französischer Sprache abgehalten. Das Seminar am 05. und 06. November 2007 richtet sich in englischer und französischer Sprache an Richter/innen und Staatsanwälte/innen, die mit Antidiskriminierungsfällen befasst sind. Ein weiteres Seminar für Richter/innen und Staatsanwälte/innen findet am 26. und 27. November 2007 in englischer und spanischer Sprache statt.

Einzelheiten unter: www.era.int/web/en/html/index.htm